



Inhalt >>>

- > Ein Wachstumspakt für Europa
Kerstin Westphal, Wolfgang Kreissl-Dörfler, Ismail Ertug 1
- > Hochseepiraterie: Ein Klares Nein zur Ausweitung der Atalanta-Mission
Wolfgang Kreissl-Dörfler 2
- > Verkehr ohne Grenzen
Ismail Ertug 2
- > Die EU muss Wettbewerbsfähigkeit ihrer Raffinerien stärken
Wolfgang Kreissl-Dörfler 2
- > Aktuelles zur Situation von Frauen
Ismail Ertug, Kerstin Westphal 3
- > Vom Aussterben bedroht - das Schicksal des Roten Thuns
Ismail Ertug 3
- > Zur Info:
Schuman-Plan 3
- >>> Service
- > Besuchergruppe 3
- > Kontakt 5

O-Ton

"Führen in Europa ist nicht gleichzusetzen mit Diktat und Befehl. Führung kann man nur beanspruchen, wenn gemeinsam man mit anderen führen möchte. Man führt nicht für sich selbst, man führt für andere."

Jean-Claude Juncker, Premierminister Luxemburgs, bei der Verleihung des Karlspreis an Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, 17. Mai 2012

Ein Wachstumspakt für Europa

von Kerstin Westphal, Ismail Ertug und Wolfgang Kreissl-Dörfler

Seit Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 gab es 24 EU-Gipfeltreffen, bei denen harte Sparmaßnahmen und Rettungsschirme beschlossen wurden. Diese haben bisher kaum Wirkung gezeigt. Vergangene Woche fand der erste Ratsgipfel statt, der sich mit Wachstum beschäftigte. Wir SozialdemokratInnen fordern von den Regierungen, dass endlich konkrete Impulse für Wachstum gesetzt werden.

Finanztransaktionssteuer endlich einführen

Den Investitionsausgaben für Wachstum müssen ausreichend Staatseinnahmen gegenüberstehen. Wir SozialdemokratInnen fordern seit Langem die Einführung einer Finanztransaktionssteuer (FTT), die auch den Finanzsektor an den Kosten der Krise beteiligt. In einer Abstimmung letzte Woche hat sich eine breite Mehrheit des EU-Parlaments für eine FTT ausgesprochen, die Aktien und Anleihen mit einem Mindeststeuersatz von 0,1% und Derivate mit 0,01% belegt. Damit ließen sich knapp 60 Milliarden Euro Einnahmen generieren.

Euro-Bonds nutzen

Während Griechenland und andere Krisenländer horrenden Zinsen für ihre Staatsanleihen zahlen, kann Deutschland sich zurzeit fast zum Nulltarif Geld leihen. Um dieses Ungleichgewicht aufzuheben, sprechen wir uns für Euro-Bonds aus, die einen Teil der Staatsschulden (maximal 40 bis 60%) betreffen. Durch die Ausgabe gemeinsamer Staatsanleihen können wir einen einheitlichen Zinssatz für alle Euro-Länder erreichen und auch die Spekulation gegen Krisenstaaten eindämmen. Nur wenn wir die Zinslast für die Krisenländer senken, können wir Raum für Investitionen in Wachstum und Beschäftigung schaffen.

Vorhandene Strukturmittel sinnvoll einsetzen

Bei dem Ziel, kurzfristig Wachstum und Beschäftigung zu schaffen, können die europäischen Strukturfonds eine wichtige Rolle spielen. Daraus sind zum Beispiel für Griechenland bis 2013 noch über 4 Milliarden Euro "übrig" - Geld, das dem Land ohnehin zur Verfügung steht und wofür es keine neuen Kredite braucht! Europaweit sind es 82 Milliarden, die noch frei verfügbar sind. Damit diese Gelder schnell eingesetzt werden können, haben wir im EU-Parlament dafür gesorgt, dass die Länder das Geld unbürokratischer in gute Projekte vor Ort umsetzen können.

Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen

Gute Projekte sind vor allem gefragt, wenn es um die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit geht. Diese ist infolge der Krise dramatisch angestiegen: Innerhalb der EU liegt sie bei über 22%, in einigen Ländern bei 50%. Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ist für uns SozialdemokratInnen eine Kernpriorität - es darf nicht sein, dass junge Menschen Europa vor allem mit Arbeitslosigkeit und Sozialabbau in Verbindung bringen! Deshalb müssen jetzt zügig europaweit verbindliche Ziele und Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit vereinbart werden. Wir fordern auch ein europäisches Sofortprogramm.

Hochseepiraterie: Ein Klares Nein zur Ausweitung der Atalanta-Mission



Quelle: wikipedia.org

Die deutschen Sozialdemokraten haben am 10. Mai im Europäischen Parlament gegen eine gemeinsame Entschließung aller großen Fraktionen zur Hochseepiraterie gestimmt. Die Entscheidung dazu fiel uns nicht leicht, da diese gute Ansätze für eine ganzheitliche Strategie zur Bekämpfung der Hochseepiraterie enthält. So wurden beispielsweise Empfehlungen vorgeschlagen, wie auch die grundlegenden Ursachen der Piraterie langfristig bekämpft und beseitigt werden können. Dennoch haben wir die Entschließung abgelehnt, da wir **keine Ausweitung der militärischen Einsätze** an Land befürworten können: Die Entschließung begrüßt den Beschluss des

Rates vom 23. März 2012. Darin heißt es, dass das Einsatzgebiet der Operation Atalanta so auszudehnen ist, dass auch innere Gewässer Somalias und somalisches Landgebiet eingeschlossen sind. Wir befürchten, dass damit unnötig Zivilisten zwischen die Fronten geraten können und von den kriminellen Banden, die **keinerlei Rücksicht auf das Leben Unbeteiligter** nehmen, als Geiseln und Schutzschilde missbraucht werden. Das Risiko einer Eskalation, bei der Zivilisten zu Schaden kommen, ist uns zu hoch. Indes sind wir der Auffassung, dass die Mission auf Grundlage des bisherigen Mandats hätte verlängert werden müssen. **WKD**

Verkehr ohne Grenzen

Im Mai standen die **transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN-V)** im Mittelpunkt der Arbeit des Verkehrsausschusses des Europäischen Parlaments. Im Rahmen einer **Anhörung** mit der Europäischen Kommission und verschiedenen Verkehrsexperten, die dafür extra aus ganz Europa angereist waren, konnten die Abgeordneten offene Fragen zur künftigen europäischen Verkehrsplanung klären.

Ismail Ertug, Berichterstatter der TEN-V Leitlinien und Organisator der Veranstaltung, zeigte sich erfreut über die rege Diskussion zwischen den Europaabgeordneten und externen Experten. Der Austausch trug dazu bei, den **Standpunkt des Parlaments gegenüber der neuen EU Verkehrspolitik zu verfestigen**.

In der darauffolgenden Woche stand Ismail Ertug dann im Rahmen einer sogenannten **"Stakeholder-Konsultation"** allen Interessenvertretern der regionalen, nationalen und europäischen Ebene Rede und Antwort zum TEN-V Gesetzesentwurf. Der endgültige Standpunkt des Parlaments mit allen Änderungsvorschlägen wird für Januar 2013 erwartet. **IE**

Quelle: freefoto.com

Die EU muss Wettbewerbsfähigkeit ihrer Raffinerien stärken

Auf Bestreben von sozialdemokratischen Europaabgeordneten hat EU-Kommissar Oettinger, zuständig für Energiefragen, am **15. Mai zu einem Spitzentreffen über die europäische Raffineriewirtschaft**

eingeladen. An diesem Runden Tisch nahmen auch Arbeitnehmervertreter der Raffinerien, Spitzenvertreter der europäischen Öl- und Raffinerieindustrie sowie hochrangige Regierungsvertreter der Mitgliedstaaten teil.

Die **Insolvenz des Schweizer Raffineriebetreibers Petroplus**, der auch einen Standort in Ingolstadt unterhält, ist beispielhaft für die schwierige Lage der europäischen Raffineriewirtschaft. Die europäischen Raffinerien sind maßgeblich für unsere Versorgungssicherheit mit Kraftstoffen und weiteren Erdölprodukten. Um diese zu

Die Teilnehmer des Runden Tisches haben sich auf **wesentliche Maßnahmen**, die auf EU-Ebene vollzogen werden können, **geeinigt**. Zum einen sollen die Raffineriebeschäftigten, die

sowie Handel mit Petrolprodukten auf die Versorgungssicherheit in Europa genauer beobachtet werden. Wir SozialdemokratInnen fordern auch eine Folgenabschätzung für zukünftige EU-



EU-Kommissar Günther Oettinger, MdEP Estelle Grelrier, Richard Howitt, Wolfgang Kreissl-Dörfler (von links nach rechts)

Gesetzesvorschläge, damit wir mögliche negative Folgen für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Raffinerien erkennen und hier nachbessern. Es darf **keine unnötigen administrativen Hürden mehr geben**, denen Konkurrenten aus anderen Ländern nicht ausgesetzt sind.

Erfreulicherweise scheint der Weiterbetrieb des Standortes Ingolstadt durch einen Investor gesichert zu sein. Wich-

gewährleisten ist es dringend notwendig, dass wir eine EU-Strategie für eine wettbewerbsfähige Raffineriewirtschaft entwickeln und den Betrieben eine langfristige Perspektive bieten.

von Restrukturierungsmaßnahmen ihrer Betriebe betroffen sind, bei Fortbildung und Jobsuche unterstützt werden. Auch sollen künftig die Auswirkungen von Nachfrage, Angebot

bleibt jedoch für uns SozialdemokratInnen, dass wir eine **gesamteuropäische Lösung** für die Schwierigkeiten der Raffineriewirtschaft finden. **WKD**

Aktuelles zur Situation von Frauen



Quelle: europarl.europa.eu

Frauenpolitik stand in Straßburg gleich zweimal auf der Agenda, und beide Male wurde deutlich, dass noch viel zu tun ist, bis Frauen und Männer wirklich gleichberechtigt leben - sowohl innerhalb der EU, als auch im Nachbarland Türkei.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit - immer noch eine Illusion

Für Frauen in der EU gibt es keine guten Nachrichten, was den Verdienst im Vergleich zu Männern angeht. Auch ganz aktuell Zahlen vom Frühjahr verdienen Frauen für vergleichbare Leistungen im Durchschnitt 16,4% weniger als ihre männlichen Kollegen. In Deutschland liegt die Lohndifferenz seit Jahren nahezu unverändert sogar bei 23 Prozent. Das Europäische Parlament hat daher am Donnerstag die EU-Kommission aufgefordert, die bestehende Gesetzgebung endlich entschlossener anzuwenden und neue Maßnahmen zu ergreifen, um diese Missstände zu beseitigen.

Wir SozialdemokratInnen freuen uns, dass laut dem verabschiedeten Bericht die bestehenden Sanktionen überprüft und ergänzt werden müssen, um entsprechende Wirkung zu entfalten. Wenn sich die Diskriminierung erwiesener Maßen nicht auf anderem Weg unterbinden lässt, müssen effektive Strafen und Bußgelder zum Zuge kommen. Dafür ist notwendig, den Druck auf die Mitgliedstaaten zu erhöhen, die bestehende Gesetzeslage anzuwenden. Unternehmen, die gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz verstoßen, sollten von staatlichen Vergünstigungen und Zuschüssen sowie öffentlichen Ausschreibungsverfahren ausgeschlossen werden.

Frauenrechte in der Türkei - eine Perspektive für 2020:

In seinem Initiativbericht zur Lage der Frauenrechte in der Türkei befasste sich das Europäische Parlament ebenfalls mit der Chancen- und Bezahlungsgleichheit von Frauen auf dem Arbeitsmarkt und mahnt auch im Nachbarland Nachbesserungsbedarf an. Insgesamt weist der Bericht darauf hin, dass es noch erheblichen Anstrengungsbedarf gibt, um die rechtlichen Vorgaben zu politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Realität werden zu lassen. Nach der Ge-

Vom Aussterben bedroht - das Schicksal des Roten Thuns

Quelle: europarl.europa.eu



Die Abgeordnete stimmten für strengere Fangquoten und Kontrollen bei der Fischerei des Roten Thuns im Mittelmeer und Ostatlantik. Diese Regeln sollen über die EU hinaus von allen Mitgliedern der Internationalen Kommission zur Erhaltung des Atlantischen Thunfisches umgesetzt werden. Allerdings sieht der grüne Abgeordnete und Berichterstatter Romeva i Rueda die Notwendigkeit für weitere Maßnahmen, um das Überleben des Roten Thunfisches sicher zu stellen.

Niedrigere Fangmengen und verschärfte Kontrollen

Das Abkommen sieht künftig eine leichte Senkung der jährlichen Fangmenge auf 12.900 Tonnen vor. Problematisch ist, dass durch den illegalen Handel bis zu 32.000 Tonnen auf dem Markt sind.

Eine stärkere Überwachung der gelandeten Fänge soll dafür sorgen, dass künftig weniger illegal gefischter Thunfisch in den Handel gelangt.

Kritik

Der Berichterstatter warnte, dass die geplanten Änderungen eher kosmetisch seien. Da bereits heute die Bestände um bis zu 75% zurückgegangen sind, kann die EU dem Roten Thunfisch nur durch weitere Maßnahmen eine Überlebenschance bieten. Deutlich geringere Quoten und Schutzzonen, in denen während der Laichzeit jeglicher Fischfang verboten wird sind für ihn die einzige Lösung. Der Vorschlag verwirklicht diese Vorhaben jedoch nicht – und für den Roten Thunfisch wird die Zeit immer knapper.

IE

setzung bedarf es nun also einer konsequenten Umsetzung der rechtlich gesteckten Ziele.

Aus dem Bericht geht vor allem hervor, dass die Gleichstellung der Geschlechter, die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, auch von Ehrenmorden, sowie die Bekämpfung von Früh- und Zwangsehen nach wie vor große Herausforderungen für die Türkei darstellen. Der Bericht fordert daher die Gleichstellung der Geschlechter und Frauenrechte in der neu auszuarbeitenden türkischen Verfassung festgehalten werden sollte.

Begrüßt wird im Bericht die Einrichtung eines Büros der Obersten Staatsanwaltschaft in Ankara, welches auf die Bekämpfung von häuslicher Gewalt spezialisiert ist. Fälle häuslicher Gewalt werden so von eigens geschultem Personal betreut und es werden zusätzliche Schritte zum Opferschutz unternommen. In diesem Zusammenhang hob der Bericht ebenfalls positiv hervor, dass die Regelungen für Frauenhäuser unter Mitsprache der Beteiligten geändert werden sollen. Allerdings wurde auch gefordert, dass das Netz von Frauenhäusern noch weiter ausgebaut, für mehr Sicherheit gesorgt und das Personal besser geschult wird.

KW/IE

Zur Info >>>

Schuman-Plan

wurde der am 9.Mai 1959 vom französischen Außenminister Robert Schuman initiierte Plan genannt, die deutsche und französische Kohle- und Stahlindustrie dem nationalen Einfluss zu entziehen und einer gemeinsamen europäischen Behörde zu unterstellen. Damit sollte der Friede in Europa gesichert werden. Hierdurch wurde 1951 die EGKS gegründet, die erste supranationale Organisation in Europa.

Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung



Unsere Besucher in Brüssel und Straßburg >>>

Kerstin Westphal, MdEP, begrüßte 48 Genossinnen und Genossen des Ortsvereins Petersaurach auf ihrer Fahrt nach Straßburg im Europäischen Parlament. Die mittelfränkischen BesucherInnen hatten Gelegenheit einer Aussprache im Plenum aus dem Plenarsaal heraus folgen zu können, um anschließend mit Kerstin Westphal neben zahlreichen Europäischen Themen auch die Verknüpfung der Parteistrukturen zwischen den Kommunen und Europa zu diskutieren.



Vom 20. – 22.05. kam eine 42 Besucher umfassende Gruppe aus Oberbayern auf Einladung von **Wolfgang Kreissl-Dörfler, MdEP** nach Straßburg. Auf dem Programm stand bei herrlichem Mai-Wetter die Besichtigung der Stadt, des Elsass entlang der Rue du Choucroute und der Weinstraße bis hinauf auf den Ottilienberg. Ein interessanter Besuch war der im Europarat, wo die Gruppe neben den Aufgaben und Zielen auch erfuhr, dass es sich hierbei um keine EU-Institution handelt. Bei einem Abendessen im ehemaligen Weinkeller des Bischofs von Straßburg verbrachte die Gruppe einen geselligen Abend und konnte direkt mit dem Europaabgeordneten ins Gespräch kommen. Der Höhepunkt war am letzten Tag der Besuch im Europäischen Parlament, wo die Gruppe über aktuelle Themen der EU mit Wolfgang Kreissl-Dörfler diskutierte und schließlich auf der Besuchertribüne einer Plenarsitzung beiwohnen konnte, auf der es u.a. um die Zukunft der kleinen und mittleren Unternehmen in der EU sowie der Situation in der Ukraine und speziell den Fall Yulia Timoschenko ging. Die Gruppe wurde Zeuge einer kleinen Demo im Plenarsaal zugunsten der inhaftierten ukrainischen Oppositionspolitikerin. Eine gelungene Reise, die den Teilnehmern die EU näher gebracht und das Verständnis erhöht hat. Wenn Sie Interesse an einer solchen Fahrt haben und in Oberbayern und Schwaben wohnen, melden Sie sich einfach an unter: Europa@kreissl-doerfler.de

Der Einladung von **Kerstin Westphal, MdEP**, folgten 56 Schülerinnen und Schüler der Main-Limes Realschule aus Obernburg nach Straßburg ins Europäische Parlament. Nach dem Besuch der Debatte im Plenarsaal zum Thema Bekämpfung von Homophobie in Europa folgte eine Diskussion mit der Europaabgeordneten. Hier gab Kerstin Westphal auch einen Einblick in ihre Arbeit und stellt esich den Fragen der unterfränkischen Gäste.



von links: Dr. Helmut Platzer, Dr. Angelika Schlunck, Friedrich Paschke, Ismail Ertug, Wolfgang Fieger, Hubertus Råde

Auf Einladung von **Ismail Ertug** kamen der Vorstand und die Gesamtpersonalvertretung der AOK-Bayern nach Brüssel. Hier hatten die Vertreter der Gesundheitskasse die Möglichkeit sich eingehend mit Fachkundigen aus der Kommission und dem Parlament über die Zukunft der europäischen Gesundheitspolitik auszutauschen. Debattiert wurden Punkte, wie die Finanzierung der Gesundheitssysteme, genauso wie Vorgaben zu Organtransplantationen und Arzneimittelfälschungen. Nach den angeregten Gesprächen wurde die Gruppe von der Leiterin Frau Dr. Schlunck in der Bayerischen Landesvertretung empfangen.

Wolfgang Kreissl-Dörfler, MdEP* (WKD)

Europäisches Parlament

T.: +32 (0)228 47 110
wolfgang.kreissl-doerfler@europarl.europa.eu
 Ansprechpartnerinnen:
 Nadja Pohlmann und Maria D'Amico

Europabüro:
 Oberanger 38/IV
 80331 München
 T.: 089 21 02 43 61
 F.: 089 21 02 43 61
europa@kreissl-doerfler.de

www.kreissl-doerfler.de

Ansprechpartnerin:
 Britta Besan

Bürozeiten:
 Mo,Mi,Do: 9.00-17.00 Uhr; Di, Fr: 9.00-12.00 Uhr

Kerstin Westphal, MdEP* (KW)

Europäisches Parlament

T.: +32 (0)228 47 534
kerstin.westphal@europarl.europa.eu
 Ansprechpartner:
 Dr. Clemens zur Hausen, Philipp Krieg

Europabüro:
 Kornmarkt 17 Semmelstr. 46R
 97421 Schweinfurt 97070 Würzburg
 T.: 09721 715 716, 0931 45 25 31 28
 F.: 09721 474 0884 0931 45 25 31 29
eder@kerstin-westphal.de augustin@kerstin-westphal.de

www.kerstin-westphal.de

Ansprechpartnerinnen:
 Marietta Eder Elisabeth Augustin

Bürozeiten:
 Mo-Do: 9.00-16.00 Uhr Mo-Mi: 9.00 -14.30 Uhr
 Fr: 9.00-13.00 Uhr Do: 9.00-15.30 Uhr

Ismail Ertug, MdEP*(IE)

Europäisches Parlament

T.: +32 (0)228 47 547
ismail.ertug@europarl.europa.eu
 AnsprechpartnerInnen: Luisa Gluck,
 und Fatih Aydogan

Europabüro:
 Richard-Wagner-Str. 4 Nördl. Stadtgraben 9
 93055 Regensburg 94469 Deggendorf
 T.: 0941 29 79 98 73 0991 379 11 64
 F.: 0941 29 79 98 75 0991 379 11 63
europabue-ro@ertug.eu katja.reitmaier@ertug.eu

www.ertug.eu

AnsprechpartnerInnen:
 Johannes Hintermaier Katja Reitmaier

Bürozeiten:
 Mo-Fr: 8.00-17.00 Uhr, Fr : 8.00-15.00 Uhr